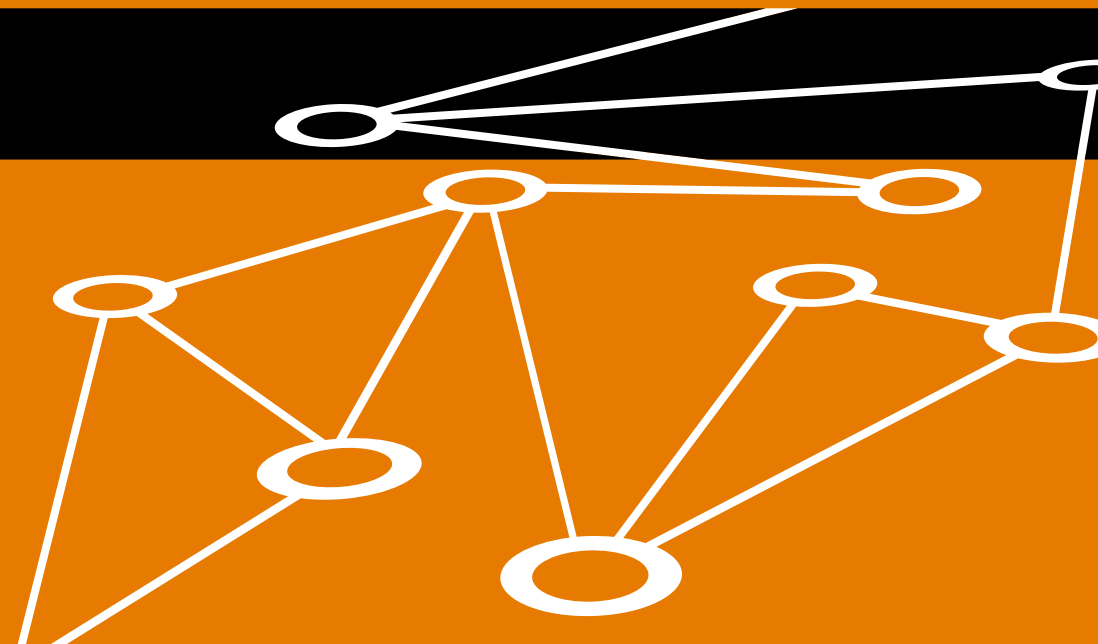
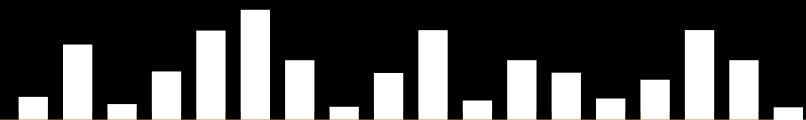
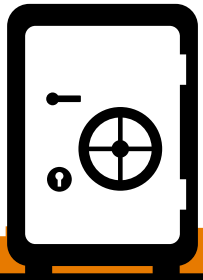


Das Banken- und Finanzsystem



4. Das Banken- und Finanzsystem

Wir halten Konten bei Banken, legen dort Geld an und führen Zahlungen darüber durch. Wer ein Haus bauen will, nimmt häufig einen Kredit bei der Bank auf. Es werden Verträge mit Lebensversicherungen oder Bausparkassen abgeschlossen. Viele Anleger kaufen Aktien oder Anleihen und sind damit an den Finanzmärkten tätig. Für alle Vorgänge stützen wir uns dabei auf moderne elektronische Systeme, damit unsere Aufträge ausgeführt werden. Das Finanzsystem, das aus den sogenannten Intermediären (also vor allem Banken und Versicherungen), den Finanzmärkten und der finanziellen Infrastruktur (vor allem Systeme für den Zahlungsverkehr und die Wertpapierabwicklung) besteht, spielt also eine große Rolle bei unserem Umgang mit Geld.

4.1 Funktionen des Banken- und Finanzsystems

Kaum jemand – ob Einzelpersonen, Unternehmen oder öffentliche Haushalte – wird jederzeit exakt genauso viel Geld einnehmen wie ausgeben. Jeder baut also ständig Geldvermögen auf oder ab. Wer überschüssiges Geld hat, kann dieses gewinnbringend anlegen und wird so zum Anbieter von finanziellen Mitteln. Demgegenüber wollen Unternehmen investieren (z. B. Maschinen kaufen), Privatpersonen große Anschaffungen finanzieren. Sie benötigen dann häufig mehr Geld als sie besitzen. Indem sie zusätzliches Geld aufnehmen wollen, werden sie zu Nachfragern nach finanziellen Mitteln.

Die Aufgabe des Finanzsystems besteht darin, das Weiterleiten von finanziellen Mittel zwischen Anbietern zu Nachfragern zu erleichtern. Wer Geld gibt, erwirbt im Gegenzug einen zukünftigen Anspruch, wie etwa das geliehene Geld mit Zinsen später zurück zu

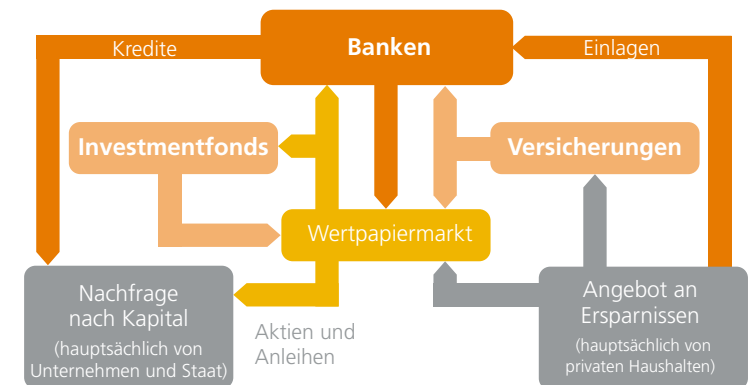
bekommen. Im Prinzip gibt es für diesen Vorgang zwei Wege: Erstens können wir überschüssiges Geld den Unternehmen, die investieren wollen, direkt zur Verfügung stellen, indem wir beispielsweise neu emittierte Aktien oder Anleihen von Unternehmen kaufen. Zweitens

Das Finanzsystem vermittelt zwischen Anbieter und Nachfrager von finanziellen Mitteln.

können wir aber auch Bargeld oder Sichteinlagen bei den Banken in Spar- oder Termineinlagen umwandeln und es den Banken dadurch ermöglichen, gewährte Kredite langfristig zu refinanzieren. Die Bank vermittelt so zwischen Anbietern und Nachfragern von finanziellen Mitteln. Sie tritt damit als Intermediär im Finanzsystem auf.

Wenn in einer Wirtschaft der erste Weg der direkten Finanzierung von Unternehmen dominiert, dann spricht man von einem marktbasierten Finanzsystem. Wenn dagegen die finanziellen Mittel meist den Weg über die Banken nehmen, dann nennen wir dies ein bankbasiertes Finanzsystem. Das Finanzsystem in den angelsächsischen Ländern ist eher marktbasierend. Das Finanzsystem in Deutschland und in vielen kontinentaleuropäischen Länder hingegen ist stark bankbasiert. Da der Austausch finanzieller Mittel gegen künftige Ansprüche typischerweise über eine längere Zeitspanne hinweg angelegt ist, spielt das Vertrauen in die Stabilität des Finanzsystems eine Schlüsselrolle.

Struktur des Finanzsystems



4.2 Das Bankensystem

Das Bankensystem besteht aus den Geschäftsbanken (Kreditinstituten) und der Zentralbank. Die Zentralbank hat eine grundsätzlich andere

Funktion als die Geschäftsbanken. Aufgrund ihrer Zuständigkeit für die Geldpolitik ist sie dem Hauptziel Preisstabilität verpflichtet. Sie allein ist berechtigt, gesetzliche Zahlungsmittel in Umlauf zu bringen. Sie ist die „Bank der Banken“, da die Geschäftsbanken zur Aufrechterhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit auf die Zentralbank angewiesen sind. Die Geschäftsbanken sind Wirtschaftsunternehmen, die Dienstleistungen rund ums Geld erbringen. Sie nehmen u. a. Gelder von Privatkunden und Unternehmen an, vergeben Kredite an die Wirtschaft und betreiben Zahlungsverkehrsgeschäfte.

Das Bankensystem umfasst die Zentralbank und die Geschäftsbanken.

4.2.1 Grundzüge des Bankgeschäfts

Für die Einlagen zahlt die Bank Guthabenzinsen an die Sparer, für die Kredite zahlen die Kreditnehmer Zinsen an die Bank. Die Banken verdienen an der Geldumverteilung, denn die Kreditzinsen sind typischerweise höher als die Einlagezinsen. Die Differenz zwischen den Guthaben- und den Kreditzinsen (Zinsmarge) ist eine Haupteinkommensquelle der Banken. Allerdings kommt es vor, dass ein Kreditnehmer seinen Kredit nicht oder nicht rechtzeitig zurückzahlt. Die Zinsmarge enthält deshalb auch eine Entschädigung für das Ausfallrisiko, das die Bank einkalkulieren muss. Um dieses Risiko jedoch gering zu halten, prüfen die Banken die Kreditwürdigkeit (Bonität) des Kreditnehmers. Zudem verlangen sie oft, dass der Kreditnehmer Sicherheiten stellt, beispielsweise eine Immobilie verpfändet.

Banken bieten Dienstleistungen rund ums Geld an.

Neben den grundlegenden Bankgeschäften – Kredite vergeben (Finanzierungsleistungen) und Einlagen hereinnehmen (Geldanlageleistungen) – bieten die meisten Banken weitere Dienstleistungen an. Sie erledigen den bargeldlosen Zahlungsverkehr, übernehmen Bürgschaften und Garantien und beraten Unternehmer und Anleger in Finanzfragen. Des Weiteren kaufen, verkaufen, verwahren und verwalten sie für ihre Kunden Vermögenswerte, insbesondere Wertpapiere.

Finanzdienstleistungsinstitute zählen nicht zu den Banken. Sie erbringen jedoch gegen Gebühr verschiedene bankähnliche Geschäfte. So beraten und vermitteln sie bei der Geldanlage oder geben Kreditkarten aus.

Die Grundzüge des Bankgeschäfts in der Bankbilanz

Den Umfang der grundlegenden Bankgeschäfte zeigt die konsolidierte Gesamtbilanz für alle deutschen Banken. In dieser Rechnung sind dem Vermögen, den „Aktiva“, der Banken deren „Passiva“ gegenübergestellt, also die Verbindlichkeiten und das Eigenkapital. Die Aktiva, die zum größten Teil aus vergebenen Krediten bestehen, spiegeln die Mittelverwendung wider. Die Passiva lassen die Quellen der Refinanzierung, die Mittelbeschaffung erkennen.

Aktiva und Passiva der deutschen Banken
(ohne Deutsche Bundesbank), Oktober 2010, in Mrd. Euro

| Aktiva | | Passiva | |
|---|----------------|--|----------------|
| 1. Barreserve (Bargeldbestände und Guthaben bei der Deutschen Bundesbank) | 79,6 | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken | 1.996,8 |
| 2. Kredite an Nichtbanken | 3.202,1 | 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken | 3.136,5 |
| darunter: | | darunter: | |
| - kurzfristige Buchkredite | 464,9 | - täglich fällige Einlagen | 1.199,5 |
| - mittel- und langfristige Buchkredite | 2.711,7 | - Termineinlagen | 1.205,2 |
| | | - Spareinlagen (inkl. Sparbriefe) | 731,8 |
| 3. Kredite an Banken | 2.101,5 | 3. Bankschuldverschreibungen | 1.468,0 |
| 4. Wertpapiere und Beteiligungen | 1.711,4 | 4. Kapital und Rücklagen | 378,7 |
| 5. Sonstige Aktiva | 377,8 | 5. Sonstige Passiva | 492,4 |
| Bilanzsumme | 7.472,4 | Bilanzsumme | 7.472,4 |

Bei dieser Aufstellung fällt zunächst auf, dass unter den Aktiva keine Sachanlagen (z. B. Gebäude oder Maschinen) auftauchen. Sie spielen bei Banken kaum eine Rolle und werden deshalb unter den „Sonstigen Aktiva“ erfasst. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung dieser Posten erscheinen sie auch erst am Ende der Bankbilanz, während sie bei Industrieunternehmen an oberster Stelle geführt werden. Die Bankbilanz steht im Vergleich zur Bilanz eines Industrieunternehmens sozusagen auf dem Kopf. Unter den „Sonstigen Passiva“ werden solche Verbindlichkeiten ausgewiesen, die nicht aus dem eigentlichen Bankgeschäft stammen, also beispielsweise fällige, noch nicht ausgezahlte Gehälter.

Die Bankbilanz zeigt Verbindlichkeiten und Forderungen einer Bank.

Barreserve

Die Barreserve, d. h. der Bestand der Banken an Bargeld und Guthaben bei der Zentralbank, ist im Vergleich mit den meisten anderen Posten relativ gering. Dies überrascht zunächst, weil doch die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit für die Banken oberstes Gebot sein muss. Die Barreserve ist sogar wesentlich niedriger als die täglich fälligen Einlagen, welche die Kunden bei den Banken jederzeit abfordern können. Erfahrungsgemäß ist es aber ziemlich unwahrscheinlich, dass alle Kunden ihr Geld auf einmal abheben. Die Banken kommen deshalb mit relativ geringen Barreserven aus.

Kredite an und Verbindlichkeiten gegenüber Banken

Recht umfangreich ist das direkte Kreditgeschäft der inländischen Banken untereinander, das sich sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite der Bilanz niederschlägt. Die Forderung der einen Bank ist in diesem Fall die Verpflichtung der anderen. Dieses Interbanken-Kreditgeschäft dient vor allem auch dem kurzfristigen Liquiditätsausgleich: Banken, die gerade einen Überschuss an Liquidität haben, leihen dieses Geld denjenigen Banken, die gerade Liquiditätsbedarf haben.

Auch Banken leihen sich untereinander Geld.

Oft wird solch ein Kredit nur „über Nacht“ gewährt. Angebot und Nachfrage der Banken nach Liquidität treffen auf dem sogenannten Geldmarkt zusammen.

Kredite an und Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken

Den größten Posten auf der Aktivseite bilden die Kredite an in- und ausländische Nichtbanken. Dazu zählen:

- | kurzfristige Betriebsmittelkredite für Unternehmen
- | langfristige Investitionskredite für Unternehmen
- | Dispositionskredite auf Lohn- und Gehaltskonten
- | Ratenkredite an private Haushalte
- | Hypothekenkredite für Bauherren und Unternehmen
- | Ausleihungen an öffentliche Stellen

Ein großer Posten unter den Verbindlichkeiten auf der Passivseite der Banken sind die Einlagen, die sich aus den täglich fälligen Sichteinlagen sowie den Spar- und Termineinlagen zusammensetzen.

Wertpapiere und Beteiligungen

Die Banken halten in größerem Umfang marktgängige Wertpapiere als eine ertragbringende Liquiditätsreserve. Daneben nehmen Banken Wertpapiere in ihren Bestand, weil sie auf Kursgewinne spekulieren. Diese Positionen werden auf der Aktivseite der Bilanz erfasst. Davon zu unterscheiden sind die Wertpapiere, die die Banken für ihre Kunden in Depots verwahren. Da diese Wertpapiere nicht ihnen, sondern ihren Kunden gehören, tauchen sie nicht in den Bilanzen der Banken auf.

Wertpapiere in Kundendepots sind nicht Eigentum der Bank.

Unter Beteiligungen versteht man den Besitz von Anteilen an einem Unternehmen, beispielsweise in Form von Aktien. Das bedeutet, eine

Bank stellt einem dritten Unternehmen dauerhaft Eigenkapital zur Verfügung und erhält im Gegenzug in der Regel ein Recht auf Mitsprache sowie Anteile an Gewinnen und Verlusten. Banken erwerben Beteiligungen an dritten Unternehmen oder gründen Tochtergesellschaften, die ihnen vollständig gehören, um sich bestimmte Geschäftsfelder bzw. Regionen zu erschließen.

Bankschuldverschreibungen

Bankschuldverschreibungen sind von den Banken selbst ausgegebene Wertpapiere. Sie stellen für die Banken Fremdkapital dar, da die Käufer dieser Schuldverschreibungen der Bank ihr Geld nur befristet zur Verfügung stellen. Die von den Banken ausgegebenen Schuldverschreibungen – dazu zählen auch Hypothekendarlehen, öffentliche Pfandbriefe sowie „Zertifikate“ – sind eine wichtige Finanzierungsquelle der Banken. Sie werden von privaten Sparern, institutionellen Anlegern wie Pensionsfonds und Versicherern und auch anderen Banken gehalten. Die Banken spielen also eine bedeutende Rolle am Kapitalmarkt – als Emittenten, Erwerber und Großhändler von Wertpapieren.

Kapital und Rücklagen

Das Eigenkapital setzt sich aus dem von den Gesellschaftern eingezahlten Kapital und den Rücklagen zusammen. Die genaue Bezeichnung (z. B. Grundkapital oder Stammkapital) hängt von der jeweiligen Gesellschaftsform der Bank ab (z. B. AG, eG oder GmbH). Nicht ausgeschüttete Gewinne werden in die Rücklagen eingestellt.

Außerbilanzielle Geschäfte

Nicht alle Vermögen und Verbindlichkeiten einer Bank erscheinen in der Bilanz. Garantien und Bürgschaften beispielsweise stellen Verbindlichkeiten dar, allerdings ist die Verpflichtung der Bank zu ihrer Leistung noch ungewiss. Daher sind diese auch als Eventualverbindlichkeiten bezeichneten Positionen „unter dem Strich“ der Bilanz auszuweisen.

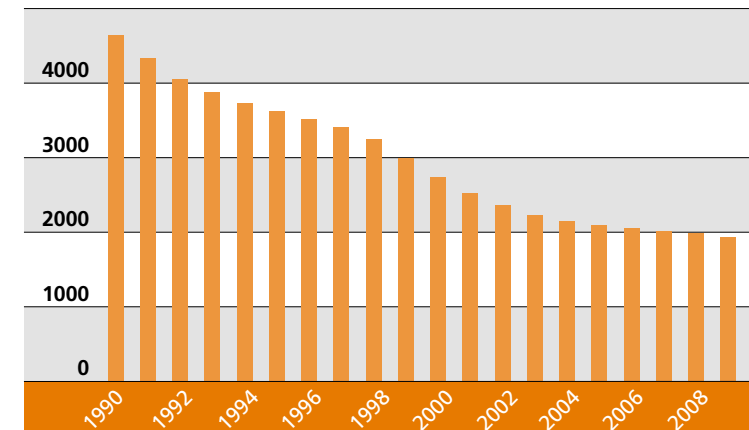
Ein erheblicher Teil der Geschäftsaktivitäten von Banken entfällt inzwischen auf derivative Finanzinstrumente. Bei diesen Geschäften handelt es sich um Vereinbarungen auf zukünftige Finanztransaktionen, sogenannte Termingeschäfte. Optionen sind ein Beispiel: Sie gewähren dem Optionsinhaber das Recht – nicht aber die Pflicht – eine bestimmte Menge einer Bezugsgröße (z. B. Aktien, Rohstoffe u. ä.) zu einem vorab festgelegten Preis zu kaufen (Call-Option) oder zu verkaufen (Put-Option). Derivate Geschäfte werden bei Geschäftsabschluss in der Regel noch nicht in der Bilanz erfasst, da zu diesem Zeitpunkt meistens noch keine Leistung durch die Beteiligten erbracht worden ist. Sie werden daher auch als „schwebende“ Geschäfte bezeichnet.

Nicht alle Bankgeschäfte tauchen in der Bilanz auf.

Um ihren Bedarf an Eigenkapital zu verringern, lagern manche Banken einen Teil ihres Geschäfts auf formal unabhängige, ihnen aber nahestehende sogenannte Zweckgesellschaften aus. Auch diese Aktiva und Passiva tauchten bislang nicht in den Bankbilanzen auf.

4.2.2 Die Banken in Deutschland

Anzahl der Kreditinstitute in Deutschland



Die Bankendichte in Deutschland ist in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Gleichwohl ist sie mit rund 2.000 Kreditinstituten im Vergleich zu anderen Ländern immer noch hoch. Die Fusionstendenz im Bankensystem hält jedoch an, so dass sich die Anzahl der Banken weiter verringern wird.

Die Größenunterschiede zwischen den deutschen Banken sind sehr ausgeprägt. Den Großbanken und Landesbanken, die in der Regel auch international aktiv sind, steht eine Vielzahl mittlerer und kleinerer Banken gegenüber. Unterschiedlich sind auch die Rechtsformen: Die Banken sind teils privatrechtlich, teils öffentlich-rechtlich und teils auch genossenschaftlich organisiert.



Universalbanken

Kennzeichnend für das deutsche Bankwesen ist das Universalbankprinzip. Die sogenannten Universalbanken bieten zahlreiche Bankdienstleistungen an. Universalbanken können Risiken in den einzelnen Geschäftssparten oft besser ausgleichen als stark spezialisierte Institute. Einen großen Teil des Universalbanksektors bilden die Sparkassen und Kreditgenossenschaften.

In Deutschland überwiegt das Universalbankprinzip.

Kreditbanken

Die Kreditbanken umfassen die Großbanken, die Regionalbanken, sonstige Kreditbanken und die Zweigstellen ausländischer Banken. Durch Fusionen und Übernahmen hat sich die Zahl der Großbanken verringert. Die größte unter ihnen ist die Deutsche Bank. Sie verfügt nicht nur über große Filialnetze in Deutschland und einigen anderen Ländern, sondern zählt auch zu den führenden global tätigen Investmentbanken. Die Deutsche Bank steht vor der Übernahme der Deutschen Postbank mit ihrem großen Filialnetz. Weitere Großbanken sind die Bayerische Hypo- und Vereinsbank und die Commerzbank, die 2009 die Dresdner Bank übernommen hat. Auch Direktbanken zählen vielfach zu den Kreditbanken. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass man bei ihnen nur telefonisch oder im Internet Bankgeschäfte tätigen kann.

Sparkassen

Die Sparkassen sind überwiegend öffentlich-rechtliche Banken, d. h., Träger der Sparkassen sind meistens Gemeinden oder Gemeindeverbände. Es gibt aber auch freie Sparkassen mit privatrechtlicher Rechtsform. Die Sparkassen, die ursprünglich von den Städten und Gemeinden zur Förderung der regionalen Wirtschaft gegründet wurden, haben sich im Laufe der Zeit zu Universalbanken entwickelt, die viele Arten von Bankgeschäften betreiben. Der Schwerpunkt liegt aber immer noch auf der Hereinnahme von Spareinlagen und der Vergabe von mittel- und langfristigen Darlehen, beispielsweise für den Bau

Sparkassen sind überwiegend öffentlich-rechtliche Kreditinstitute.

von Häusern sowie für Investitionen von mittelständischen Betrieben und Gemeinden. Aufgrund des in den Sparkassengesetzen der Länder festgelegten Regionalprinzips müssen sich die Sparkassen in ihrer Geschäftstätigkeit auf die Region ihres Sitzes beschränken.

Landesbanken

Die Landesbanken treten seit vielen Jahren in Konkurrenz zu den Geschäftsbanken am Markt auf. Sie sind außerdem regionale Zentralinstitute der Sparkassen und so auch deren zentrale Verrechnungsstelle beim bargeldlosen Zahlungsverkehr. Traditionell stellen die Landesbanken im Rahmen ihres öffentlichen Auftrags Finanzdienstleistungen für staatliche Gebietskörperschaften bereit. Nicht mehr alle Landesbanken sind heute noch im ausschließlichen Eigentum von Bundesländern, Kommunen und Sparkassen. In der nächsten Zeit wird es im Landesbankensektor, nicht nur aufgrund der Finanzkrise, zu weiteren Veränderungen kommen.

Kreditgenossenschaften

Die Genossenschaftsbanken oder Kreditgenossenschaften sind in erster Linie Banken des Mittelstandes, also mittlerer und kleinerer Unternehmen. Man kann zwischen ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften unterscheiden. Die gewerblichen Kreditgenossenschaften (Volksbanken) sind als Einrichtungen zur Selbsthilfe von kleinen Gewerbetreibenden in Handel und Handwerk entstanden. Die ländlichen Kreditgenossenschaften (Raiffeisenbanken) waren ursprünglich Zusammenschlüsse von Landwirten, um die Monopolisierung der Abnahme ihrer Produkte durch Handelsfirmen abzuwehren und durch gemeinsamen Einkauf (z. B. von Düngemitteln) die eigene Marktposition zu stärken. Die Genossenschaftsbanken sind eng verbunden mit ihren Zentralinstituten, den genossenschaftlichen Zentralbanken.

Kreditgenossenschaften sind in erster Linie Volks- und Raiffeisenbanken.

Spezialbanken

Realkreditinstitute (z. B. Hypothekenbanken) gewähren langfristige Darlehen, um den Bau von Immobilien und öffentlichen Projekten zu finanzieren. Dafür geben sie Schuldverschreibungen aus, die von Privatleuten, Versicherungen und anderen Banken erworben werden. Bausparkassen sammeln auf der Grundlage abgeschlossener Bausparverträge bei Bausparern Geld ein und vergeben an die Bausparer nach einem Zuteilungsplan Darlehen. Kreditinstitute mit Sonderaufgaben unterstützen beispielsweise langfristige Finanzierungen von Investitionen. Dazu zählt die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die eng in die staatliche Wirtschaftsförderung im In- und Ausland eingeschaltet ist und u. a. Kredite zur Finanzierung von Energiespar-Investitionen zu subventionierten Zinsen vergibt.

4.3 Weitere Beteiligte im Finanzsystem

Das Finanzsystem umfasst noch weitere wichtige Intermediäre, die Kapital annehmen und diese Mittel am Kapitalmarkt anlegen. Neben dem Bankensystem sind dies Versicherungen und Investmentfonds, die auch als Kapitalsammelstellen bezeichnet werden. Ein wichtiger Bestandteil des Finanzsystems sind zudem die Wertpapiermärkte, an denen die Anbieter auf die Nachfrager finanzieller Mittel treffen.

Versicherungen

Kapitalsammelstellen der besonderen Art sind die zahlreichen Unternehmen der privaten Versicherungswirtschaft. Vor allem die Lebens- und Rentenversicherungen konnten in den vergangenen Jahren mit dem wachsenden Gewicht der privaten Altersvorsorge ihre Marktstellung ausbauen. Von der privaten Versicherungswirtschaft ist die gesetzliche Sozialversicherung zu unterscheiden. Sie finanziert ihre Leistungen überwiegend aus den laufenden Beiträgen der Versicherten im sogenannten Umlageverfahren.

Investmentfonds

In großem Umfang legen die Sparer ihr Geld auch bei Investmentfonds an. Deren Grundidee ist es, auch „Kleinsparern“ die Möglichkeit zu geben, Ersparnisse nach dem Prinzip der Risikostreuung am Kapitalmarkt, Geldmarkt oder Immobilienmarkt anzulegen. Wer sein Geld Investmentfonds zur Verfügung stellt, erhält dafür „Investmentzertifikate“, also Wertpapiere, die den Anspruch auf einen bestimmten Teil des Fondsvermögens darstellen. Die bei einer Vielzahl von kleinen Geldbeträgen zusammenkommenden großen Summen können von professionellen „Fondsmanagern“ breit gestreut in attraktiv erscheinende Anlagen investiert werden. Je nach dem Anlagegegenstand der Fonds und der Risikobereitschaft der Anleger stehen dafür u. a. Immobilienfonds, Aktienfonds, Rentenfonds oder Geldmarktfonds zur Verfügung. Letztere investieren ausschließlich in kurzfristige Anlagen und werden als Konkurrenzprodukt zu Bankeinlagen – vor allem Termineinlagen – angeboten.

Investmentfonds können deutlich breiter gestreut investieren, als es der einzelne Anleger könnte.

Wertpapiermärkte

Auf den Wertpapiermärkten treffen Anleger und Kapitalnehmer aufeinander. Dabei kommen diese nicht persönlich zusammen, um Wertpapiere zu handeln. Vielmehr beauftragen sie Banken oder Wertpapierhäuser damit, für sie Wertpapiere zu kaufen oder zu verkaufen. Für den Anleger hat der Kauf von Wertpapieren den Vorteil, dass er sie – zumindest wenn sie an der Börse gehandelt werden – rasch wieder verkaufen und zu Bargeld machen kann. Wertpapiere können höhere Erträge als beispielsweise Bankeinlagen abwerfen, doch ist bei ihnen auch das Risiko höher, einen Verlust zu erleiden.

Die Kapitalbeschaffung über den Verkauf von Wertpapieren hat in Deutschland seit Anfang der 1980er Jahre und besonders im Zusammenhang mit der Finanzierung des Wiederaufbaus in Ostdeutschland beträchtlich an Bedeutung gewonnen. Im Vordergrund steht dabei die Ausgabe von Schuldverschreibungen bzw. Anleihen. Weil solche Wertpapiere zumeist feste Zinszahlungen in bestimmten Abständen

(„Renten“) vorsehen, werden sie auch als Rentenpapiere bezeichnet. Der Markt, auf dem sie gehandelt werden, wird Anleihe- oder Rentenmarkt genannt. Vor allem der Staat hat seit Anfang der 1990er Jahre sehr stark auf die Kreditaufnahme über Schuldverschreibungen wie Bundesanleihen, Bundesobligationen oder Bundesschatzbriefe zurückgegriffen. Auch die deutschen Banken geben in großem Umfang eigene Schuldverschreibungen aus, um sich längerfristig zu refinanzieren. Eine besonders bekannte Form der Bankschuldverschreibungen sind die Hypothekendarlehenbriefe, die der Refinanzierung von Immobilienkrediten dienen.

Auf den Wertpapiermärkten kommen Anbieter und Nachfrager finanzieller Mittel zusammen.

Auf dem Aktienmarkt werden Unternehmensanteile (Aktien) gehandelt. Aktiengesellschaften (AGs) beschaffen sich durch die Ausgabe von Aktien Eigenkapital. Der Aktienbesitzer erwirbt mit dem Kauf der Aktie einen Anteil am Unternehmen – und damit die Aussicht, an Gewinnen des Unternehmens beteiligt zu werden. Befürchtet der Anleger hingegen, dass „sein“ Unternehmen Verluste erleiden wird, kann er die Aktien meist rasch über die Börse verkaufen – allerdings unter Umständen zu einem ungünstigen Kurs. Der Aktienmarkt ist für viele Unternehmen eine wichtige Finanzierungsquelle.

4.4 Veränderungen im internationalen Finanzsystem

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Finanzsysteme stark verändert. Den Ersparnissen stehen in der Welt des freien Kapitalverkehrs mehr Anlageziele und auch mehr Anlageformen zur Auswahl. So gesehen ist das Finanzsystem sicherlich leistungsfähiger, aber wohl auch störanfälliger geworden.

Internationalisierung des Finanzsystems

Die Gelder, die wir bei einer Bank oder einem Investmentfonds anlegen, können heute praktisch überall in der Welt verwendet werden. International tätige Banken geben Mittel an Großunternehmen oder handeln

mit Wertpapieren, unabhängig von deren nationaler Herkunft. Auch wir als Sparer und Investoren sind daran interessiert, Geld im Ausland anzulegen. Wir erhoffen uns, dass die Anlage dadurch höhere Erträge erzielt oder die Risiken besser gestreut sind.

Die Ursachen für die Internationalisierung der Finanzmärkte sind vielschichtig. Politische Entscheidungen gingen dem voraus. Viele Länder haben den Kapitalverkehr freigegeben. Auch der rapide technische Fortschritt spielt eine Rolle. Die intensive Nutzung der elektronischen Datenverarbeitung ermöglicht es, komplizierte Finanzgeschäfte einfach „per Knopfdruck“ auszuführen. Dabei ist es unerheblich, ob das Computerterminal in Frankfurt, New York oder Tokio steht. Die so gestiegene Leistungsfähigkeit der Finanzsysteme hat neben dem Tempo auch das Volumen der Transaktionen massiv ansteigen lassen.

Der Kapitalverkehr ist internationaler geworden.

Wirtschaftlich ist es sinnvoll, finanzielle Mittel von jenen, die Geld anlegen wollen, zu jenen, die Geld für Investitionen benötigen, über nationale Grenzen hinweg weiterzuleiten. Dies ermöglicht Investitionen, die hohe Erträge einbringen können, aber allein aus heimischen Finanzquellen nicht zu decken wären. Beispielsweise wäre der zeitweilig außerordentlich hohe Kapitalbedarf, wie ihn Deutschland nach der Wiedervereinigung hatte, ohne Kapital aus dem Ausland nur schwer aufzubringen gewesen. Ähnlich wäre der rasche wirtschaftliche Aufstieg vieler Länder in Asien, Osteuropa oder Südamerika ohne ausländisches Kapital nicht möglich gewesen.

Weltweite Finanzmärkte eröffnen mehr Finanzierungsmöglichkeiten.

Strukturwandel an den Finanzmärkten

Doch nicht nur die Zielorte unserer Ersparnisse, sondern erst recht die Wege dorthin haben sich dramatisch verändert. So sind neue Akteure in den letzten Jahrzehnten verstärkt aufgetreten. Hedgefonds sammeln Gelder wohlhabender Personen oder Institutionen und treten damit massiv an den Finanzmärkten auf. Private Equity Fonds haben sich darauf

spezialisiert, Unternehmen zu erwerben, diese umzustrukturieren und mit Gewinn dann wieder zu verkaufen.

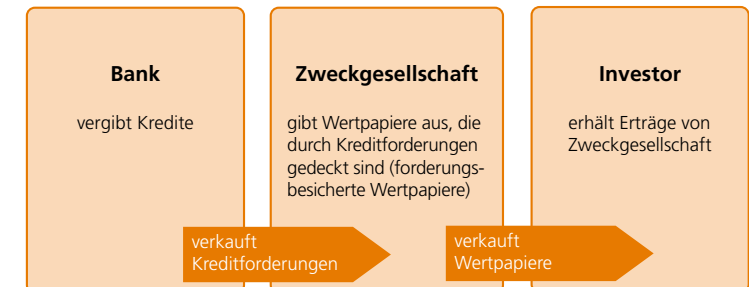
Auch wurden neue Finanzierungsinstrumente entwickelt. Während früher traditionelle Bankkredite und Bankeinlagen auch im internationalen Finanzgeschäft dominierten, ist seit den 1980er Jahren der Handel mit Wertpapieren in den Vordergrund gerückt. Neue Wertpapierformen wie Commercial Paper – eine Art kurzlaufende Unternehmensanleihe – sowie derivative Instrumente (wie Terminkontrakte, Swaps und Optionen) spielen heutzutage eine große Rolle.

Neuere Finanzierungsinstrumente und Marktakteure spielen heute eine große Rolle.

Besonders bedeutsam war der Trend zur sogenannten Verbriefung. Die Grundidee besteht darin, Kreditforderungen (mitsamt den künftigen Ansprüchen daraus, also die Zins- und Tilgungsleistungen) weiterzuverkaufen. Viele dieser Forderungen bilden zusammen den Grundstock für einen Fonds, den meist Zweckgesellschaften verwalten. Um die Mittel für den Ankauf der Kreditforderungen zu erhalten, geben diese Zweckgesellschaften wiederum Wertpapiere aus, die durch die Kreditforderungen gedeckt sind. Wer ein solches forderungsbesichertes

Umwandlung von Kreditforderungen in Wertpapiere

(Stark vereinfachte Darstellung)



Schema einer Verbriefung: Eine Bank überträgt Kreditforderungen auf eine eigens gegründete Zweckgesellschaft. Diese wandelt Kreditforderungen in Wertpapiere um und verkauft sie an Investoren. Diese erhalten Erträge, die aus den Kreditforderungen resultieren.

Wertpapier kauft, erhält Renditezahlungen, die aus den künftigen Ansprüchen an die ursprünglichen Kredite gespeist werden. Als Investoren treten typischerweise Investmentfonds, Versicherungen, aber auch Zweckgesellschaften anderer Banken auf.

In der Welt der Finanzmärkte, gerade auch aufgrund der neuen Finanzierungsinstrumente, spielen die Ratingagenturen eine wichtige Rolle.

Ratingagenturen beurteilen die Bonität von Schuldern und Emittenten.

Sie beurteilen das Ausfallrisiko von Wertpapieren, also das Risiko, Ansprüche daraus später nicht erfüllen zu können. Sie nehmen eine bonitätsmäßige Einstufung der Emittenten von Wertpapieren (z. B. Unternehmen, Banken, Staaten) vor. Die von ihnen vergebene Bonitätsnote beeinflusst maßgeblich den Zins, den ein Emittent zahlen muss.

Die von ihnen vergebene Bonitätsnote beeinflusst maßgeblich den Zins, den ein Emittent zahlen muss.

Neue Risiken für die Finanzsystemstabilität

Den neuen Chancen stehen aber auch neue Risiken entgegen, die nicht immer in ihrer vollen Tragweite erkannt wurden. Die Internationalisierung der Finanzmärkte erlaubt das Weiterleiten von finanziellen Mitteln in viele Länder. Das ist sinnvoll, solange die Finanzsysteme dieser Länder, die Ziel der internationalen Kapitalflüsse sind, diese auch produktiv verarbeiten können. Doch vom Guten kann es zu viel geben. Ein nationales Finanzsystem, gerade in Schwellenländern, kann in Zuflüssen

Die Internationalisierung des Finanzsystems bringt neue Möglichkeiten, aber auch neue Risiken.

„ertrinken“. Wenn Investoren beginnen, sich Sorgen zu machen, ob ihr Geld denn wirklich produktiv verwendet wird, wollen sie es möglichst schnell zurückhaben. Dies stellt das Banken- und Finanzsystem in den ursprünglichen Zielländern aber vor große Probleme. Zum einen haben sie die Gelder

längst weitergereicht und zwar oft mit längeren Laufzeiten. Zum anderen führt eine solche plötzliche Umkehr der Kapitalströme häufig zu einer massiven Abwertung der eigenen Währung. Entsprechend wiegen dann die auf fremde Währung lautenden Auslandsschulden umso schwerer, und viele Inländer drohen deswegen Pleite zu gehen. Die zahlreichen

nationalen Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte wie in Mexiko (1994/95), Asien/Russland (1997/98), Brasilien (1998/99), der Türkei (2000-2002) und Argentinien (2003/04) haben viel mit dieser Problematik zu tun.

Mit dem Aufkommen neuer Finanzinstrumente hat auch die „Durchschlagskraft“ des Finanzsystems deutlich zugenommen. Viel höhere Volumina werden bewegt. Oftmals werden Finanzanlagen selbst wieder mit Schulden finanziert. Phasenweise koppeln sich die internationalen Finanzmärkte von den Güterströmen und von der Realwirtschaft förmlich ab. Dann scheinen wichtige Preise – wie etwa für Währungen, Aktien oder Rohstoffe – stärker von den Bedingungen und Stimmungen im Finanzsystem abzuhängen als von den fundamentalen Faktoren, die eigentlich den Wert bestimmen sollten. Der Beinahe-Zusammenbruch des LTCM Hedgefonds (1998) und das Platzen der New-Economy-Blase (2000) waren Beispiele für übertriebene Strategien und Erwartungen.

Als besonders folgenreich erwies sich, dass sich in der Mitte des letzten Jahrzehnts ein internationales Schattenbankensystem aus einem Geflecht an Zweckgesellschaften herausbildete. Auf der einen Seite wollten Banken zunehmend Kredite, die sie vergaben, schnell verbriefen und damit wieder verkaufen. Auf der anderen Seite gründeten viele Banken auch Zweckgesellschaften, um forderungsbesicherte Wertpapiere aus den Verbriefungen aufzukaufen. Die Banken selbst übernahmen Service- und Garantieleistungen für die Zweckgesellschaften und erhielten dafür Gebühren.

Vor allem zwei Effekte machten das Finanzsystem anfällig. Zum einen wurde das Bankensystem intransparenter. Wer letztlich die Risiken aus den ursprünglichen Krediten zu tragen hatte, war zunehmend schwierig einzuschätzen. Zum anderen entstanden Mängel im Überwachen der Qualität der zugrunde liegenden Kreditforderungen. Wenn eine Bank einen Kredit vergibt und in den Büchern behält, kümmert sie sich aus eigenem Interesse um die Kreditwürdigkeit (Bonität) des Kreditnehmers. Denn kann der Kredit nicht zurückbezahlt werden, verliert die Bank viel Geld. Wenn der Kredit schnell verbrieft und weiterverkauft wird, besteht die Gefahr, dass der Bonitätsprüfung nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Deshalb sollte die Bonitäts-

prüfung bei forderungsbesicherten Wertpapieren jemand vornehmen, der unabhängig urteilt. In der Regel beauftragen die Emittenten von verbrieften Wertpapieren hierfür Ratingagenturen. Diese können nun aber in einen Interessenkonflikt geraten. Einerseits erwarten diejenigen, die die Papiere später kaufen, ein aufrichtiges, hartes Urteil. Andererseits wollen Ratingagenturen möglichst viel Geschäft an Land ziehen, was leichter sein kann, wenn sie ihren Auftraggebern „entgegenkommen“.

Die jüngste Finanzkrise

Die bisher schwerste Krise in der modernen Geschichte des internationalen Finanzsystems entzündete sich im Sommer 2007. Sie hat viel mit dem Trend zur Verbriefung von Krediten und dem entstandenen Schattenbankensystem zu tun.

In den Jahren vor Ausbruch der Krise hatten amerikanische Banken bonitätsschwachen Kunden in großem Umfang sogenannte Subprime-Kredite gewährt, um Häuser zu erwerben. Sie verbrieften anschließend einen großen Teil dieser Kredite. Die Ratingagenturen gaben sehr großzügige, optimistische Urteile, auf die viele Investoren in der ganzen Welt blind vertrauten. Doch im Laufe der Zeit konnten immer mehr

dieser Kunden die Zins- und Tilgungszahlungen nicht mehr leisten. Das löste eine Welle von Immobilienverkäufen aus, was einen Verfall der Immobilienpreise zur Folge hatte. Es entwickelte sich damit eine Abwärtsspirale aus zunehmenden Kreditausfällen, fallenden Immobilienpreisen, steigender

Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, Konkursen von Immobilienfinanzierern und Panikverkäufen am Immobilienmarkt. Durch den Ausfall der zugrunde liegenden Subprime-Kredite verloren die darauf aufbauenden Wertpapiere drastisch an Wert. Viele dieser Wertpapiere waren aber bei Zweckgesellschaften gelandet, die Banken gegründet und mit weitreichenden Garantien versehen hatten. Viele Banken mussten nun massive Verluste einstecken.

Die Subprime-Krise in den USA war Ausgangspunkt der jüngsten Finanzkrise.

Dies war der Ausgangspunkt der Finanzkrise, die im Herbst 2008 durch die Insolvenz der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers ihren Höhepunkt erreichte. In dieser Situation verloren die Banken das Vertrauen untereinander. Der Geldhandel zwischen ihnen kam fast vollständig zum Erliegen. Da kaum noch Liquidität zu beschaffen war, kamen weitere Banken in Bedrängnis. Einige Banken gerieten so sehr in Liquiditätsnot, dass sie nur durch staatliche Hilfe vor dem Zusammenbruch bewahrt werden konnten. In Deutschland wurde beispielsweise der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) eingerichtet, der deutsche Banken durch die Gewährung von Garantien, die Bereitstellung von Eigenkapital oder den Ankauf von Wertpapieren unterstützen sollte.

4.5 Arbeiten für Finanzsystemstabilität

Die jüngste Finanzkrise zeigt, dass das internationale Finanzsystem einen verbesserten Ordnungsrahmen benötigt. Dazu zählen verschärfte Eigenkapitalvorschriften für Banken und eine engere internationale Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden.

4.5.1 Krisen vorbeugen: Die Bankenaufsicht

Eine gut funktionierende Bankenaufsicht gehört zu den Eckpfeilern der Infrastruktur jedes Finanzsystems. Sie hat die Aufgabe, die Stabilität im Bankensystem und das Vertrauen darin aufrechtzuerhalten und das Verlustrisiko für Anleger sowie andere Gläubiger zu minimieren.

Der hohe Grad an Vernetzung im Bankensystem sorgt dafür, dass Probleme bei einer einzelnen Bank, insbesondere wenn sie groß ist oder in einzelnen Märkten eine zentrale Stellung hat, schnell auf andere Banken übergreifen können. Denn eine allgemeine Verunsicherung von Einlegern könnte dazu führen, dass sie um ihr Geld fürchten und sich ihre Einlagen in bar auszahlen lassen. Oder die Banken selbst misstrauen sich gegenseitig,

Ziel der Bankenaufsicht: Stabilität im Bankensystem.

sodass sie sich untereinander kein Geld mehr leihen. Dann würden – ohne Eingriffe von öffentlichen Stellen – weitere Banken rasch zahlungsunfähig werden, weil sie keine frei verfügbare Liquidität mehr haben.

Organisation der Bankenaufsicht in Deutschland

In Deutschland sind die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Deutsche Bundesbank in enger Zusammenarbeit für die Aufsicht über die einzelnen Banken zuständig. Die Bundesbank analysiert zudem fortlaufend die Finanzstabilität, also die Stabilität des Finanzsystems insgesamt. Die Bankenaufsicht wird in folgende Bereiche unterteilt:

| | | |
|---|--|---|
| Quantitative Vorgaben z. B. Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften | Qualitative Vorgaben z. B. Prüfung des Risikomanagements | Offenlegungspflichten z. B. Aufführung wichtiger Risikopositionen |
|---|--|---|

Die Bankenaufsicht greift nicht direkt in einzelne Geschäfte der Banken ein. Sie setzt vielmehr quantitative Rahmenvorschriften, u. a. durch Vorgaben für die Mindestausstattung mit Eigenkapital. Damit die Aufsichtsbehörden die Einhaltung dieser Vorschriften prüfen können, müssen ihnen die Banken laufend ihre Bücher offenlegen. Neben den quantitativen Vorgaben müssen die Banken qualitative Anforderungen an ihre Organisation und Steuerung erfüllen. Dies wird in Prüfungen vor Ort kontrolliert. Dadurch kann die Bankenaufsicht einen besseren Eindruck über den Geschäftsbetrieb und den damit verbundenen Risiken gewinnen. Ergänzt wird die staatliche Aufsicht durch die Kontrolle durch andere Marktteilnehmer, beispielsweise durch Bankenverbände oder Ratingagenturen.

Angesichts der gravierenden gesamtwirtschaftlichen Probleme, die mit Banken Krisen verbunden sind, hat der Gesetzgeber den Banken, aber auch anderen Finanzdienstleistern, die notwendige Risiko-, Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge nicht selbst überlassen. Das Aufsichtsrecht gibt Regeln vor, die bei der Gründung von Banken und beim Betreiben

von Bankgeschäften zu beachten sind. Die rechtliche Grundlage für die Bankenaufsicht in Deutschland ist das Gesetz über das Kreditwesen (KWG).

Liquidität und Rentabilität

Um jederzeit zahlungsfähig und gegen unerwartete Mittelabflüsse gewappnet zu sein, haben die Banken nach der Devise zu handeln: So liquide wie nötig, so rentabel wie möglich. Der Kompromiss muss immer auf der Basis unsicherer Annahmen über die künftigen Zahlungseingänge und Zahlungsausgänge gefunden werden. Banken müssen daher einen ausreichenden Teil ihrer Mittel so anlegen, dass sie unerwartet auftretende Ansprüche ihrer Gläubiger jederzeit befriedigen können und somit immer zahlungsfähig bleiben. Folglich ist ein Ziel der Bankenaufsicht, die Zahlungsfähigkeit der Banken sicherzustellen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Ertrag einer Anlage normalerweise umso geringer ist, je schneller sie zu Geld gemacht werden kann. Hochgradig liquide sind beispielsweise kurzlaufende Staatsanleihen. Demgegenüber bindet sich eine Bank langfristig, wenn sie einen lang laufenden Kredit vergibt. Die Banken verlangen deshalb umso höhere Zinsen, je länger die Laufzeit eines Kredits ist.

Eigenkapital als Puffer

Das Kreditgeschäft geht mit dem Risiko einher, dass Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Deshalb verlangen die Banken in der Regel, dass der Schuldner einen Kredit durch Stellung von Pfändern absichert. Doch reicht bisweilen der Erlös aus dem Verkauf der Pfänder nicht aus, den Schaden völlig abzudecken, der einer Bank entsteht, wenn ein Schuldner die vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen nicht leistet. Risiken ergeben sich auch dadurch, dass die allgemeine Konjunkturlage Einfluss auf die Bonität und die Zahlungsfähigkeit der Schuldner und die Werthaltigkeit der Sicherheiten hat. Weitere Risiken entstehen Banken, wenn sich die Zinsen unerwartet ändern. Hat eine Bank beispielsweise ein langfristiges Darlehen zu einem niedrigen festen Zins mit kurzfristigen Spareinlagen refinanziert, so geht sie das Risiko ein, dass sie im Laufe der Zeit aufgrund der Marktentwicklung höhere Zinsen für die Spareinlagen vergüten muss. Dies

kann darauf hinauslaufen, dass die Bank Verluste erleidet. Um solche Risiken abzudecken, müssen die Banken über ausreichendes Eigenkapital verfügen, das Verluste wie ein Puffer absorbieren kann – damit nicht die übrigen Kapitalgeber wie etwa die Sparer von den Verlusten betroffen werden.

Im Laufe der Zeit ist es immer wieder notwendig geworden, die Bankenaufsicht an veränderte Risikosituationen im Bankgewerbe anzupassen. So haben die Komplexität der Geschäfte und die Tätigkeiten im Ausland stark zugenommen. Angesichts der globalisierten Finanzmärkte gibt es keine Alternative zu international abgestimmten Regeln. Andernfalls bestünde für einzelne Länder die Versuchung, Banken – und mit ihnen viele hochqualifizierte Arbeitsplätze – durch eine bewusst laxen Aufsicht im eigenen Land anzulocken. Dies aber würde die Stabilität des weltweiten Finanzsystems gefährden.

Banken müssen über ausreichend Eigenkapital verfügen.

Baseler Eigenkapital- und Liquiditätsregeln

Im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht arbeiten Zentralbanken und Bankenaufsichtsbehörden der wichtigsten Industrieländer zusammen, um international gültige Regeln zu entwickeln. Ein wichtiger Meilenstein für die Mindestausstattung der Banken mit Eigenmitteln war „Basel II“. Es machte das vorgeschriebene Minimum an Eigenkapital, das eine Bank ständig vorhalten muss, stärker als früher davon abhängig, welche Risiken die Bank in ihren Büchern hat. Die Regeln berücksichtigen dabei auch die neueren Entwicklungen an den Finanzmärkten sowie im Risikomanagement der Banken. Die Eigenkapitalunterlegung ist damit wesentlich risikosensitiver als früher. Je höher beispielsweise die Ausfallwahrscheinlichkeiten ihrer Kreditnehmer sind, desto mehr Eigenkapital muss eine Bank als Puffer vorhalten.

Im September 2010 einigte sich die Gruppe der Zentralbankpräsidenten und Leiter der Bankenaufsichtsbehörden im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht auf neue Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften für Banken. Dieses als „Basel III“ bezeichnete Regelwerk schreibt den Banken zum

einen vor, mehr und qualitativ höherwertiges Eigenkapital vorzuhalten. Damit soll die Widerstandsfähigkeit der einzelnen Banken sowie des gesamten Bankensystems erhöht werden, d.h. Banken sollen in die Lage versetzt werden, mögliche Verluste selbst auffangen zu können, um sich so im Krisenfall aus eigener Kraft stabilisieren und retten zu können. Zum anderen wird mit Basel III erstmals ein international einheitlicher Liquiditätsstandard eingeführt. Dabei sind von den Banken zwei Liquiditätskennziffern zu ermitteln, die Auskunft über die kurzfristige Zahlungsfähigkeit geben und Vorgaben zur mittel- bis längerfristigen Bilanzstruktur der Kreditinstitute machen.

Basel III macht den Banken Vorgaben zur ihrer Ausstattung an Eigenkapital.

4.5.2 Gefahr von Systemkrisen begegnen: Der makroprudenzielle Ansatz

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass die traditionelle Bankenaufsicht, die sich vor allem um die Widerstandsfähigkeit der einzelnen Banken kümmert, um einen systemischen Ansatz zu ergänzen ist. Das Wort makroprudenziell bedeutet, dass mit den Instrumenten der Regulierung und der Aufsicht (das meint „prudenziell“) auf das gesamte Finanzsystem (das meint „makro“) eingewirkt werden soll.

In der Diskussion stehen für Banken zusätzliche Instrumente der Regulierung, damit ihre Kreditvergabepolitik weniger zyklisch ausfällt. So sollen Banken „in guten Zeiten“ verstärkt Puffer aufbauen. Auch soll die Rolle von Banken im Finanzsystem (die sogenannte Systemrelevanz) eine stärkere Rolle für Aufsicht und Intensität der Regulierung spielen. Aber auch die bessere Erfassung und die verstärkte Überwachung anderer Beteiligter am Finanzsystem wie Hedgefonds und Ratingagenturen wurde inzwischen eingeleitet.

Der makroprudenzielle Ansatz ergänzt die traditionelle Bankenaufsicht.

Neben der verstärkten makroprudenziellen Ausrichtung des Regelwerks ist es wichtig, aufkommende Stabilitätsrisiken frühzeitig zu

erkennen und zu analysieren. Der neu gegründete Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB), dem der Präsident der Bundesbank angehört, befasst sich damit. Auch spielen die Finanzstabilitätsberichte internationaler Organisationen und Notenbanken eine wichtige Rolle, um Einschätzungen zur Stabilitätslage und der Risiken zu kommunizieren. Die Bundesbank publiziert regelmäßig im Herbst den deutschen Finanzstabilitätsbericht.

4.5.3 Krisen bewältigen

Wenn ein Vertrauensverlust droht, ist es wichtig zu verhindern, dass die Einleger die Banken „stürmen“, um sich ihre Einlage bar auszahlen zu lassen. Deshalb ist eine Einlagensicherung notwendig. Doch hat die jüngste Finanzkrise gezeigt, dass auch der Steuerzahler stärker davor geschützt werden muss, in Anspruch genommen zu werden, wenn große Banken hohe Verluste machen und der Staat sie retten muss, indem er neues Kapital einschießt oder Garantien ausstellt.

Einlagensicherung

Als Konsequenz aus dem Zusammenbruch der privaten Herstatt-Bank Mitte der 1970er Jahre in Köln wurde der Einlegerschutz in Deutschland erheblich verbessert. Sicherungssysteme bestehen auf Ebene der Verbände der Kreditwirtschaft, die auf freiwilliger Basis errichtet wurden. Die privaten Banken haben eine Einlagensicherung ins Leben gerufen, die Einlagen je Nichtbanken-Gläubiger bis zu 30 Prozent des haftenden Kapitals der jeweiligen Bank absichert. Diesem freiwilligen

Einlagensicherungsfonds gehören fast alle privaten Banken in Deutschland an. Bei den Sparkassen wird demgegenüber ein Institut selbst geschützt. Dazu bestehen regionale Fonds der Sparkassen sowie eine Sicherungsreserve der Landesbanken, die in einem Haf-

tungsverbund stehen. Bei den Genossenschaftsbanken gibt es eine zentrale Sicherungseinrichtung, die ähnlich den Sparkassen Insolvenzen der Mitglieder insbesondere durch Garantien und Bürgschaften vermeiden

Die deutschen Banken haben einen umfassenden Einlegerschutz.

hilft und die Bank bei der Sanierung unterstützt. Sowohl bei den Sparkassen als auch bei den Genossenschaftsbanken ist dadurch ein vollständiger Schutz der Einlagen durch eine Institutssicherung gegeben.

Der freiwillig von den Banken gewährte Einlegerschutz ist damit sehr viel weitreichender als der gesetzliche Schutz, der seit dem 1. August 1998 aufgrund einer EU-Richtlinie in Deutschland besteht. Dem gesetzlichen Entschädigungssystem sind alle Banken mit Einlagengeschäft angeschlossen. Ausgenommen sind nur die Banken, für die eine Institutssicherung besteht. Für unselbständige Niederlassungen von Banken aus anderen EU-Staaten in Deutschland gelten andere Regeln. Diese können die Einlagensicherung ihres Herkunftslandes anbieten. Die der deutschen Einlegerentschädigung zugeordneten Banken sind zur Finanzierung von Entschädigungszahlungen verpflichtet. Dazu werden von ihnen regelmäßige Beiträge sowie im Bedarfsfall Sonderbeiträge oder Sonderzahlungen erhoben. Der gesetzliche Einlegerschutz sichert ab 1. Januar 2011 Guthaben auf Girokonten, Sparbüchern, Termin- und Festgeldkonten bis maximal 100.000 Euro pro Kunde. Jeder Bankkunde sollte sich vor Aufnahme einer Geschäftsbeziehung bei der jeweiligen Bank oder Niederlassung über den bestehenden Einlegerschutz informieren.

Bankenabgabe und Insolvenzordnung

Im Krisenfall müssen die Behörden schnell handeln können, um zu verhindern, dass Probleme einer einzelnen Bank auf andere übergreifen. Neuere Initiativen zielen darauf, auch große Banken, wenn sie insolvenzgefährdet sind, abwickeln zu können. Einer schnellen Reaktion stehen aber in der Praxis rechtliche Unsicherheiten über die Eingriffsmöglichkeiten der Behörden sowie die enorme Komplexität großer Banken entgegen. Ansätze der Reformen sind zum einen, klare Verfahren bei Schieflagen von Banken einzuführen, und zum anderen die Banken selbst zu verpflichten, Notfallpläne für ihre eigene rasche Abwicklung im Krisenfall vorzuhalten. Darüber hinaus wird in Deutschland ein Fonds eingerichtet werden, der sich aus Abgaben der Banken speist. Er soll Mittel bereitstellen, wenn im Krisenfall eine Bank abgewickelt werden muss. Denn oftmals tritt durch die Abwicklung erst das ganze Ausmaß der aufgehäuften Verluste einer geschwächten Bank zu Tage.

Das Wichtigste im Überblick:

- | Das Finanzsystem umfasst die Finanzintermediäre, die Finanzmärkte und die finanzielle Infrastruktur. Finanzintermediäre sind vor allem Banken.
- | Aufgabe des Finanzsystems ist es, die Anbieter von Kapital mit den Nachfragern nach Kapital zusammenzubringen und dessen Austausch zu erleichtern.
- | Das Bankensystem setzt sich aus der Zentralbank und den Geschäftsbanken zusammen. Geschäftsbanken sind Wirtschaftsunternehmen, die Dienstleistungen rund ums Geld anbieten.
- | Banken vergeben Kredite und nehmen Einlagen herein. Weitere Bankgeschäfte sind beispielsweise die Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, die Übernahme von Bürgschaften sowie die Vermögensberatung und -verwaltung.
- | Im deutschen Bankensektor überwiegt das Universalbankprinzip. Die Banken in Deutschland unterscheiden sich besonders hinsichtlich Größe und Rechtsform.
- | Weitere wichtige Akteure im Finanzsystem, die Kapital annehmen und verwalten, sind neben den Banken auch Versicherungen und Investmentfonds. Sie werden auch als Kapital-sammelstellen bezeichnet.
- | Wichtiger Bestandteil des Finanzsystems sind die Wertpapiermärkte, auf denen Kapitalanbieter und Kapitalnachfrager zusammentreffen. Wichtige Märkte sind die Renten- und Aktienmärkte.

- | Das Finanzsystem ist zunehmend international geworden. Der Kapitalverkehr findet immer mehr auf internationaler Ebene statt. Das eröffnet größere Finanzierungs- und Anlagemöglichkeiten, bringt aber auch neue Risiken.
- | Im Laufe der Zeit sind neue Akteure an den Finanzmärkten aufgetreten. Auch sind neue Finanzierungsmöglichkeiten (z. B. Wertpapierformen) entstanden, die eine immer größere Rolle an den Finanzmärkten spielen.
- | Die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, dass das internationale Finanzsystem einen von der Politik gesetzten Ordnungsrahmen braucht. Nationale und internationale Gremien und Institutionen arbeiten für die internationale Finanzmarktstabilität.
- | Ziel der Bankenaufsicht ist die Stabilität im Bankensystem. Die Bankenaufsicht greift in der Regel nicht direkt ein, sondern macht den Banken quantitative und qualitative Vorgaben. In Deutschland ist die Bundesbank zusammen mit der BaFin für die Bankenaufsicht zuständig.
- | Das Regelwerk „Basel III“ schreibt den Banken vor, ausreichend und qualitativ höheres Eigenkapital vorzuhalten, um Verluste besser ausgleichen zu können. Die Höhe richtet sich nach den Risiken, die die Bank eingegangen ist.
- | In Deutschland existiert ein umfassender Einlagenschutz für Sicht-, Spar- und Termineinlagen von Nichtbanken. Neben der gesetzlichen Einlagensicherung sind die meisten Banken noch an eigenen Einlagensicherungssystemen beteiligt.